

Informationen : "Tommy go home"

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **67 (1973)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bei alledem sehen wir uns indes immer wieder vor das Kardinalproblem gestellt, wie der zunehmenden Vermögens- und damit auch Machtkonzentration nicht nur Einhalt zu gebieten, sondern wie sie wegen ihrer schädlichen sozialen Folgen zu beseitigen und somit die Macht des Kapitals zu neutralisieren ist. Auf das zwingende Erfordernis der Schaffung eines neuen Eigentumsrechts wurde bereits nachdrücklich hingewiesen. Wir müssen uns hierbei vor Augen halten, daß die arbeitsteilige Wirtschaft im Grunde ihres Wesens zutiefst sozial ist, was sich darin ausdrückt, daß niemand eigentlich für sich selbst arbeitet. Die Leistungen des Einzelnen dienen vielmehr der Allgemeinheit, aus deren Arbeitsergebnissen wiederum die Bedürfnisse des Einzelnen befriedigt werden.

„Tommy go home“

Aufruf: Selbstbestimmung für Nordirland!

Für die Probleme Nordirlands gibt es keine militärische Lösung. Jeder Mord, begehe ihn, wer will, vermehrt die Angst und Bitterkeit. Argwohn und Spannung nehmen zu. Nicht die Kanonen der britischen Armee, noch die der «Loyalisten», noch die der Republikaner, können Frieden bringen.

Die politische Zukunft Irlands zu entscheiden, muß natürlich wesentlich seiner Bevölkerung vorbehalten bleiben. Aber die Ereignisse dort gehen jeden an, und gegen das Blutvergießen sollte sich überall Widerstand erheben, ohne Rücksicht auf die Grenzen. Wir Engländer haben eine besondere Verantwortung. Britische Kolonialpolitik hat in der Vergangenheit die Teilungen geschaffen, und die britische Armee im Norden macht die Sache nur schlimmer und erschwert alle Entscheidungen des irischen Volkes.

Britische Bedrückung und Ausbeutung des irischen Volkes hat bittere Erinnerungen und schwer lösbare Probleme hinterlassen. Im frühen 17. Jahrhundert wurden Tausende von Iren, besonders aus dem Norden, aus dem Lande vertrieben, um Platz zu schaffen für Siedler aus England und Schottland. Die Mehrheit der Protestanten im Norden stammt von diesen Siedlern ab. Doch ist es unrealistisch, die Protestanten von heute als Eindringlinge anzusehen. Sie sind im Laufe der Geschichte ein Teil der irischen Gesellschaft geworden, im Gegensatz zu den französischen Siedlern in Algerien. Tatsächlich waren es im 18. Jahrhundert die Protestanten, die der englischen Politik am erfolgreichsten Widerstand geleistet haben. Die spezifisch republikanisch-nationalistische Bewegung geht auf Wolfe Tone und die «Ver-

einigten Irländer» zurück, und sie waren in der Hauptsache Protestanten. Die protestantische Bevölkerung hat also ein Anrecht darauf, daß ihre Rechte und Anliegen nicht als unerheblich betrachtet werden.

Bis 1922 wurde Irland von seinen Bewohnern betrachtet, und von England behandelt als ein Land, und selbst die Loyalisten waren von der Teilung nicht begeistert. Sie hätten Irland lieber unter der britischen Krone vereinigt gesehen. Die Teilung schuf Mißstände und Ungerechtigkeiten, besonders, wo sie im Norden ganze Städte und Grafschaften mit einer großen und permanenten katholisch-republikanischen Mehrheit erfaßte.

Der katholische Bevölkerungsteil hat sich dem neuen Staat gegenüber immer als Fremder gefühlt. Die Fremdheit wurde verstärkt durch die diskriminierende politische und soziale Behandlung. Sie hatte massive Auswanderung zur Folge, und man hat behauptet, daß ohne diese Abwanderung heute in Ulster die Katholiken die Mehrheit hätten.

Man fragt oft, ob Nordirland zwei «Nationen» habe. Diese Frage kann nicht durch die Geschichte entschieden werden, sondern nur durch das Selbstverständnis der Bewohner. In diesem Sinne gibt es wirklich zwei klar definierte Gemeinwesen mit eigenen und oft gegensätzlichen Ansprüchen. Eine gerechte Lösung muß versuchen, zwischen ihnen einen erträglichen Ausgleich zu finden.

Einige dieser Ansprüche, wie sie jetzt formuliert werden scheinen sich auszuschließen. Aber es ist in der Vergangenheit trotzdem oft möglich gewesen zusammenzukommen und zusammenzuarbeiten, wie etwa in Gewerkschaften und manchen Selbsthilfe-Unternehmungen. Das Schlimme ist nur, daß die jetzige britische Politik die Kluft erweitert. Nicht nur, daß die Anwesenheit der Truppen physische Trennung bewirkt, sondern daß jede Gruppe sich bemüht, durch Hilfe von außen die Oberhand zu gewinnen. Unsere Aufgabe muß es nun sein, zwischen beiden Gruppen ein gemeinsames Terrain zu schaffen.

Die Forderung einiger Republikaner nach einer Konföderation ist nicht ganz unvereinbar mit der Meinung von Loyalisten, wonach Nordirland die Union mit England aufgeben sollte. Gewiß wäre die Gefahr einer solchen Trennung nicht gering. Aber sie könnte Teil einer allgemeinen Entwicklung in England und Irland sein, wodurch die Macht dezentralisiert würde. Schon für die irische Republik wäre eine solche Entwicklung wichtig, und sie könnte zu einer Föderation mit dem Norden führen. Erzwungene Einheit gegen den Widerstand des protestantischen Teils wäre weder gerecht noch dauerversprechend.

Aber die Fortsetzung der politischen Union mit England ist ebenso wenig wünschenswert. Die britische Regierung sollte erklären, daß sie die direkte politische Verbindung mit dem Norden zu lösen beabsichtigt. Dagegen kann ins Feld geführt werden, daß dies hieße, die protestan-

tische Bevölkerung ihrer Rechte zu berauben, aber weder sind diese Rechte sakrosankt, noch hat man die Wahl zwischen vielen Lösungen.

Die Bevölkerung Englands hat ebenfalls die Möglichkeit, von ihrem Recht der Selbstbestimmung Gebrauch zu machen und zu sagen, daß sie die Fortsetzung der Union mit Nordirland nicht wünsche.

Im Interesse Englands und Irlands, und nicht zuletzt im Interesse der protestantischen Bevölkerung, fordern wir, daß sich England aus Nordirland zurückziehe und daß die Truppen damit den Anfang machen. Indem wir dies fordern, geben wir zu bedenken:

a) Die Zurückziehung der Truppen würde es ermöglichen, die Rechte und Forderungen der protestantischen Bevölkerung objektiv zu beurteilen und nicht mit Rücksicht auf ihren Wert für die Aufrechterhaltung der britischen Herrschaft.

b) Die Lehre der letzten paar Jahre ist: Welche Seite immer sich auf das Eingreifen und die Macht Englands verlassen hat — ist enttäuscht worden. So hat einmal der Übereifer der früheren Bürgerrechtsbewegung, der die Intervention Englands herausforderte, zu Sektenbildung in der protestantischen Bevölkerung geführt und viele gehindert, sich der Bürgerrechtsbewegung anzuschließen.

Englands wirtschaftliches Interesse an Irland muß man verstehen. Es ist wahr, daß England die Wirtschaft Nordirlands stützt, aber Irland liefert Arbeitskräfte für das britische Kapital, eine geschützte Umgebung für schwache Unternehmungen und einen wertvollen Exportmarkt. In der Republik sind 70 Prozent der großen Unternehmungen englisch, und 60 Prozent des Profits gehen nach England.

Gewiß gibt es viele in England, die Nordirland politisch und wirtschaftlich weiter von England abhängig sehen möchten, und die hoffen, daß der Beitritt Englands und der Republik zur EWG dazu den Weg bereite. Wir können uns mit dieser «Lösung» nicht befreunden, weil sie Irlands Status als eines Klienten Englands festigen und noch mehr Macht in die Hände von «Big Business» statt in die des Volkes legen würde.

In der irischen Rebellion von 1798 hatten die «Vereinigten Irländer» die Unterstützung der englischen Radikalen, die sich gegen die Bedrückung der Iren wandten und die Soldaten aufforderten, die Teilnahme am militärischen Eingreifen gegen Irland zu verweigern. Etwas Ähnliches ist heute nötig: Eine Zerschlagung des englischen Monoliths und zunehmende regionale Autonomie.

Wir, die Unterzeichneten, fordern für Nordirland

a) daß die englische Regierung einen bestimmten Termin für die endgültige Zurückziehung der Truppen festsetze, und

b) daß die politische Union Nordirlands mit England beendet werde.

Mit dieser Forderung wenden wir uns an die englischen Zivilperso-

nen und Soldaten. Wir fordern die Soldaten auf, sich dem Dienst in Nordirland zu widersetzen, mit sit-ins und Demonstrationen in den Kasernen, und, wenn nötig, durch Desertion. Unsere Freunde in Deutschland und anderen Ländern werden dort an die englischen Soldaten Flugblätter dieses Inhalts verteilen. Das letztere soll auch an den Einberufungszentralen geschehen, um die jungen Männer vom Eintritt in das Heer abzuhalten.

Glaubhafte Souveränität

Im frühen Frühling 1972 kam ein Deserteur aus der britischen Armee in Nordirland nach Schweden. Er begehrte Asyl. Sein Name war Kevin Cadwallader und sein Rang Unteroffizier im Kgl. Pionier-Regt. 22. Er erklärte: «Ich bin nach Schweden gekommen Nordirlands wegen. Ich meine, daß das, was dort geschieht, nicht gut ist. Es muß einen einfacheren Weg geben, um den Kampf zu beenden und weiteres Blutvergießen zu vermeiden. Ich will nicht kämpfen für etwas, was ich für schlecht ansehe.» Das war am 18. März 1972. Sechs Wochen später erhielt er die Erlaubnis, zu bleiben. — Seither sind mehr Deserteure nach Schweden gekommen, so daß es nötig ist, mit einigen Informationen zu helfen. Frage: Muß man in Nordirland gedient haben, um Asyl zu bekommen? Nein. Es ist nur nötig, daß der Asyl Begehrende sagt, er habe gehört, sein Regiment solle dorthin verlegt werden. **Ein Beweis ist dafür nicht nötig.** Welche Art Asyl gibt Schweden? Das selbe, das auch die amerikanischen Deserteure bekommen: Aufenthaltserlaubnis auf Grund besonderer Umstände. Man kann ziemlich sicher sein, daß die Erlaubnis erneuert und auf die ganze Zeit des Exils ausgedehnt wird. — Der Ankömmling sollte sich zuerst mit einer der unten genannten Personen in Verbindung setzen. Mit ihr geht man in das Sozialbüro, wo man erhält: 1. eine Unterkunft; 2. Geld für Beköstigung; 3. Rat für Teilnahme an Unterrichtskursen. — Die schwedische öffentliche Meinung ist gegen Truppen in N. I. und für Gewährung von Asyl. Man kann ohne Reisepaß, nur mit Militärpapieren kommen. (Es folgen Namen von schwedischen Rechtsanwälten und Sozialhelfern.)

«Peace News», 8. Juni 1973

Übersetzt von K. Struve

Hinweise auf Bücher

KARL HAMMER: **Christen, Krieg und Frieden.** 1972. Walter-Verlag, Olten. Fr.21.-.

Die vorliegende historische Analyse der Beziehungen zwischen Christentum und Krieg arbeitet aufgrund des Alten und des Neuen Testaments den Sündenfall der Christen seit dem 3. Jahrhundert deutlich heraus. Immer wieder